

„Mit dem Kaiser von Rußland einverstanden“

Wie die SPD vor 85 Jahren einen russischen Abrüstungsvorschlag beurteilte

Schon einmal in ihrer Parteigeschichte mußte sich die SPD mit einem Abrüstungsvorschlag aus Rußland auseinandersetzen – er kam vom Zaren. Die deutsche Sozialdemokratie akzeptierte den Friedensplan der re-

aktionärsten Regierung Europas – aber mit Vorbehalten. Der SPIEGEL veröffentlicht Auszüge aus dem russischen Friedensmanifest, der Stellungnahme des SPD-Parteitag 1898 und der Begründung August Bebels.

Der russische Außenminister Graf Murawjow unterbreitete am 24. August 1898 allen in Petersburg akkreditierten Gesandten folgende Mitteilung:

Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine mögliche Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, welche auf allen Nationen lasten, stellen sich in der gegenwärtigen Lage der ganzen Welt als ein Ideal dar, auf das die Bemühungen aller Regierungen gerichtet sein müßten. Das humane und hochherzige Bestreben Sr. Majestät des Kaisers, meines erhabenen Herrn, ist ganz dieser Aufgabe gewidmet.

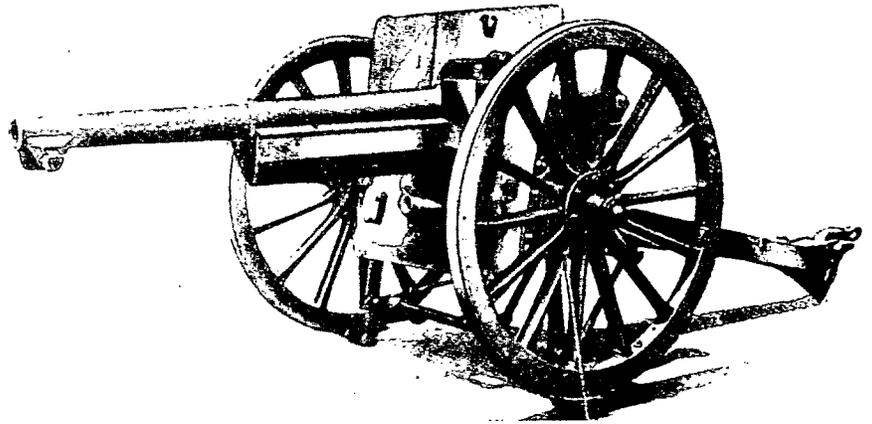
In Überzeugung, daß dieses erhabene Endziel den wesentlichsten Interessen und den berechtigten Wünschen aller Mächte entspricht, glaubt die kaiserliche Regierung, daß der gegenwärtige Augenblick äußerst günstig dazu sei, auf dem Wege internationaler Beratung die wirksamsten Mittel zu suchen, um . . . der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen.

Im Namen des Friedens haben große Staaten mächtige Bündnisse miteinander geschlossen. Um den Frieden besser zu wahren, haben sie in bisher unbekanntem Grade ihre Militärmacht entwickelt und fahren fort, sie zu verstärken, ohne vor irgendeinem Opfer zurückzuschrecken.

Alle ihre Bemühungen haben dennoch noch nicht das segensreiche Ergebnis der ersehnten Friedensstiftung zeitigen können. Da die finanziellen Lasten eine steigende Richtung verfolgen und die Volkswohlfahrt an ihrer Wurzel treffen, so werden die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital zum großen Teile von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt.

Hunderte von Millionen werden aufgewendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen zu beschaffen, die heute als das letzte Wort der Wissenschaft betrachtet werden und schon morgen dazu verurteilt sind, jeden Wert zu verlieren infolge irgendeiner neuen Entdeckung auf diesem Gebiet. Die nationale Kultur, der wirtschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werten sehen sich in ihrer Entwicklung gelähmt und irreführt.

Daher entsprechen in dem Maße, wie die Rüstungen einer jeden Macht anwachsen, diese immer weniger und weniger dem Zweck, den sich die betreffende Regierung gesetzt hat.



Superwaffe Schnellfeuergeschütz von 1897*: Nachrüstung zu teuer



Friedensfreund Zar Nikolaus II.
„Schaudern vor der Katastrophe“

Die wirtschaftlichen Krisen sind zum großen Teil hervorgerufen durch das System der Rüstungen bis aufs äußerste, und die ständige Gefahr, welche in dieser Kriegsstoffansammlung ruht, machen die Heere unserer Tage zu einer erdrückenden Last, welche die Völker mehr und mehr nur mit Mühe tragen können.

Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnisvoller Weise zu eben der Ka-

tastrophe führen werde, welche man zu vermeiden wünscht und deren Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanken schauern machen. Diesen unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die Mittel zu suchen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht, das ist die höchste Pflicht, welche sich heutzutage allen Staaten aufzwingt . . .“

Anlaß dieser Friedensinitiative des imperialistischen Rußland:

Für die Expansion nach Ostasien (während des amerikanischen-spanischen Krieges) mußte sich Rußland den Rücken in Europa freihalten, außerdem litt es unter Geldmangel. Finanzminister Witte wollte Rußlands wirtschaftliche Rückständigkeit rasch aufholen: die Landwirtschaft modernisieren, Sibirien erschließen und dafür ausländisches Kapital heranziehen. Bei den Etatberatungen aber waren mehr Mittel für Rußlands Flottenrüstung und eine Truppenverstärkung beschlossen worden.

Frankreich und Deutschland hatten ein neues, teures Schnellfeuergeschütz eingeführt, das erste mit Rohrrücklauf. Die russische Nachrüstung hätte 130 Millionen Rubel gekostet. Der Kriegsmi-

* Typ M97 der französischen Firma Schneider, Kaliber 75 mm. Die Waffe besaß erstmals einen Rohrrücklauf. Von ihr wurden 5484 Stück im Ersten Weltkrieg eingesetzt.

nister Kuropatkin empfahl daher einen Vertrag mit dem Hauptkonkurrenten Österreich-Ungarn, in den nächsten zehn Jahren keine derartigen Super-Geschütze zu bauen. Außenminister Murawjow riet zu einem solchen Abkommen mit allen Großmächten, und zwar gleich über einen allgemeinen Rüstungsstopp.

Sein Vize Graf Lamsdorf ließ die Balkan- und Ostasien-Abteilung einen Entwurf ausarbeiten. Deren Leiter Wassilij war beeindruckt von der westeuropäischen Friedensbewegung Bertha von Suttners, deren „Weltfriedenskongresse“ er besucht hatte. Die russischen Militärs aber widersetzten sich dem Abrüstungsvorschlag, so der Generalstabschef Sacharow und der Generaladmiral Großfürst Alexej: Die vergangene lange Friedenszeit beweiße, daß Waffen „eine Garantie des Friedens“ seien. Gefährlich sei der Vorschlag aber nicht, da Rußland militärisch überlegen sei.

Zar Nikolaus II. entschied sich für den Friedensplan. Ihm war zur eigenhändigen Zensur ein Buch von Iwan Bloch vorgelegt worden: „Der zukünftige Krieg“. Darin belegte – 16 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg – der Warschauer Bankier Bloch mit statistischem Material, der kommende Zusammenstoß der hochtechnisierten Armeen werde in einem Grabenkrieg steckenbleiben und immer mehr Rüstungsproduktion fordern, dieser „Abnutzungskrieg“ sei ungewinnbar und ende in sozialer Katastrophe und Revolution.

Blochs Buch überzeugte den Zaren, er unterschrieb das Manifest.

Fünf Wochen später trat in Stuttgart der Parteitag der SPD zusammen, auf dem Vorsitzender August Bebel eine Resolution einbrachte:

„Der Parteitag begrüßt den Abrüstungsvorschlag des Kaisers von Rußland an sämtliche Regierungen als eine Bekräftigung dafür, daß die entschiedene Opposition, die bis jetzt die Sozialdemokratie aller Länder den an Wahnsinn grenzenden militärischen Rüstungen entgegengesetzt, ihre volle Berechtigung hat.

Die Sozialdemokratie ist mit dem Kaiser von Rußland darin einverstanden,

daß die finanziellen Lasten, die diese unsinnigen Rüstungen den Völkern auferlegen, die Volkswohlfahrt in der Wurzel treffen und die geistigen und physischen Kräfte der Völker in unproduktiver Weise aufzehren“.

Der Parteitag konstatiert aber ausdrücklich, daß diese völkerverderbenden Rüstungen ausschließlich das Produkt des Ehrgeizes, der Eroberungs- und Herrschsucht der leitenden Klassen sind; daß die stehenden Heere eingestandenmaßen als Werkzeuge für die Unterdrückung der Völker und zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen



SPD-Friedenskämpfer Bebel
„Grausame Verfolgung Andersdenkender“

und daß bisher es Rußland mit in erster Linie war, das auf diesem Wege voranging, wie denn auch das russische Volk noch gegenwärtig das einzige Kulturvolk Europas ist, das selbst der ersten Anfänge zur Selbstregierung entbehrt.

Der Parteitag ist deshalb der Meinung, daß, soll der Vorschlag des Kaisers von Rußland ernst genommen werden, es notwendig ist, daß die russische Regierung im eigenen Lande mit gutem Beispiel vorangeht, weitere Rüstungen einstellt, die grausame Verfolgung politisch Andersdenkender aufhebt und dem russischen Volke diejenigen Rechte und Freiheiten gewährt, ohne die kein Volk seine Kulturmission erfüllen kann . . .“

Zur Begründung erklärte Bebel:

„In einem sind wir alle einverstanden, etwas Gelegeneres wie dieser Abrüstungsvorschlag der russischen Regierung konnte der sozialdemokratischen Partei nicht kommen. Wir werden im Reichstag und bei sonstigen parlamentarischen Verhandlungen in der Lage sein, diesem Erlaß, der mehr als irgendeine Handlung einer auswärtigen Regierung in den letzten Jahrzehnten unseren Ideen förderlich ist, Ausdruck zu geben, und das soll im ausgiebigsten Maße geschehen.

Ich bin aber auch der Überzeugung, daß, nachdem einmal dieser Gedanke durch eine Regierung in den weitesten Kreis der Öffentlichkeit geworfen ist und ihn die anderen Regierungen unter keinen Umständen von vornherein ablehnen können, sondern ihn, wenigstens scheinbar, ernsthaft behandeln müssen, die bloße Tatsache, möge der Ausgang der Konferenz sein, wie er wolle, für die ganze Entwicklung der militärischen Verhältnisse von großer Bedeutung sein muß.

Daß die Frage, die die russische Regierung gestellt hat, durch die europäischen Regierungen gelöst wird, daran glauben wir nicht. Aber neben dem Umstände, daß dieser Vorschlag im höchsten Grade unsere Bestrebungen zur Bekämpfung des Militarismus unterstützt hat, hat er noch etwas anderes erreicht:

Er hat in den weitesten Kreisen der europäischen Bevölkerung, die bisher dem Glauben anhängen, daß es gar nicht anders ginge, als daß die militärischen Rüstungen sich auch fernerhin so entwickeln müßten wie bisher, weil es die Sicherheit der einzelnen Staaten fordere, diesen Glauben in hohem Grade erschüttert. Millionen von Menschen sind jetzt wankend geworden, haben andere Anschauungen bekommen, und das muß notwendig zum Ausdruck kommen in der Wirkung unserer Agitation.

Das sind die Gedanken, die ich in aller Kürze aussprechen wollte. Ich könnte mich auf die Gründe einlassen, die zu dem Vorschlag des Zaren geführt haben, müßte aber dann auf das Gebiet der hohen und höchsten Politik kommen und unterlasse es daher in diesem Augenblick.“

Bebels Resolution wurde vom Parteitag einstimmig angenommen.

Die russische Friedensinitiative brachte keinerlei Abrüstung, neun Jahre später aber immerhin die „Haager Landkriegsordnung“ über den Schutz der Zivilbevölkerung, der Kriegsgefangenen und Partisanen, dazu verbindliche Regeln der Kriegführung wie das Verbot von Gift und von „Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen“ – erstmals international vereinbart, sieben Jahre vor Beginn des Ersten Weltkriegs.